ARBEIT, LEBEN, GERECHTIGKEIT.

... Europa muss sozial werden!



Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit – Herausforderung für die Gewerkschaften



Übergangsfristen für neue EU-Mitglieder

- "Arbeitnehmerfreizügigkeit" europäisches Grundrecht. Für Deutschland Übergangsfristen.
- Bürger aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn: Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1.5.2011
- Bürger aus Bulgarien und Rumänien Übergangsfrist bis Ende 2011: Verlängerung bis Ende 2013 möglich



Wie hat diese Frist gewirkt?



- Vor Beitritten: Ziel für ca. 80% der Auswanderungswilligen (2 - 7 Millionen) Deutschland und Österreich.
- Umlenkung durch Fristen in andere Alt-EU-Staaten ohne Übergangsfrist: Irland, Spanien und UK je 400.000
- Überall sonst flächendeckend Mindestlöhne.
 Billigarbeit in Deutschland und schlechte
 Arbeitsmarktlage = D wurde weniger attraktiv



... Europa muss sozial werden!

"Dienstleistungsfreiheit" Übergangsfristen für neue EU-Mitglieder

- Unternehmen kann ohne Niederlassung vorübergehend Dienstleistungen in anderem Mitgliedstaat erbringen, dabei eigene Beschäftigte einsetzen ("Entsendung").
- Mit Beitritten 2004 und 2007 in Kraft getreten.
- Ausnahmen: für Bau, "Innendekoration" und Gebäudereinigung hatte IG BAU Übergangsfristen durchgesetzt
- Frist läuft parallel zu Übergangsfrist Arbeitnehmerfreizügigkeit ab



Was hat diese Frist bewirkt?



- Entsendeunternehmen MOE in diesen Branchen weiter nur mit "Werkvertragsquoten" tätig
- Benötigten eine Arbeitserlaubnis für entsandte AN
- Zahl beschränkt; für Gebiete mit besonders hoher Arbeitslosigkeit keine Erlaubnisse
- Folge: Einige wichen auf andere EU-Staaten aus
- Dumpingdruck durch ausländische Entsendefirmen am Bau nahm während Frist nicht weiter zu



Maßnahmen der Bundesregierung für den Agrar- und Forstbereich

- Ende Übergangsfristen für den Agrar-, Forst- und HoGa-bereich schon Anfang 2011
- Bisherige Arbeitserlaubnispflicht schützte Saisonarbeiter: Mindestbedingungen für Lohn, Unterkunft, Höchstabzüge Essen usw.
- Bei Verstoß gegen Mindestbedingungen konnte Betrieb bisher für Saisonarbeit gesperrt werden
- Mindestlohn für diese Branchen gibt es noch nicht
- Kriminelle Lohnunternehmer ("gangmaster") und Leiharbeit werden sich hier breitmachen





- Mehr Leiharbeit, "Arbeitsagenten", Lohnunternehmer, Entsendung und Scheinselbständigkeit = mehr Ausbeutung
- Unerfahrenen Neuzuwanderern droht Ausbeutung in hiesigen Dumpingfirmen
- Anfänglich Sprach- und Unterkunftsprobleme
- Integrationsprobleme, wenn Ghettobildung



Was erwarten wir ab 2011 noch?



- Auftreten echter Unternehmen aus MOE
- Hiesige Einzelselbständige aus MOE bauen Betrieb aus: werden Arbeitgeber für Landsleute
- Vermehrte rechtsradikale Propaganda
- Viel Arbeit für Gewerkschaft, BRe, Vereine, Politik!



Forderungen I



- Für alle Branchen müssen Mindestlöhne her!
 Alle Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- Einführung allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €.
- Verlängerung Fristen Bulgarien und Rumänien bis Ende 2013
- Neue Arbeitsinspektion oder bessere, größere FKS
- Bessere Bekämpfung Scheinselbständigkeit und Menschenhandel



Forderungen II



- Tariftreuegesetze für die öffentliche Auftragsvergabe Tariftreueklauseln in die EU-Vergaberichtlinien
- Soziale Fortschrittsklausel und Arbeitsortsprinzip (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort) in europäische Verträge.
- Soziale Grundrechte dürfen nicht durch Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen beeinträchtigt oder verdrängt werden.
- Ausreichende Mittel für Migrantenberatung und Antirassismusarbeit